

## Medienkonferenz der Gewerkschaft syndicom zur weiteren Privatisierung der Swisscom 04. Juli 2024

### Speech von Daniel Hügli, Leiter Sektor ICT und Mitglied der Geschäftsleitung syndicom

Sehr geehrte Medienschaffende,

Gerne präsentiere ich Ihnen die Position von syndicom zu den Eigentumsverhältnissen von Swisscom. Welche Argumente sprechen für den Erhalt der Bundes-Aktienmehrheit und wie sind wir für die kommenden politischen Prozesse aufgestellt?

Die Swisscom gehört mehrheitlich dem Staat. Das ist richtig so, denn die Swisscom ist ein tragender Pfeiler des Service public in der Schweiz. Sie versorgt alle Landesteile mit hervorragenden Telekommunikationsdienstleistungen. Vom Genfersee bis an den Bodensee, von den Jurahöhen bis in die Bündner Täler. Von diesen Dienstleistungen profitieren wir alle, sei es mit einem Internet- und Mobileabo, als Arbeitnehmende - besonders auch im Homeoffice - oder als KMU und Grossunternehmen, die Swisscom als leistungsstarke und verlässliche Partnerin kennen.

Der Bund als Mehrheitseigentümer garantiert dem Unternehmen Swisscom dabei die nötige Stabilität. Dank stabiler Eigentumsverhältnisse kann die Swisscom laufend in neue Technologien und auch in den weiteren Glasfaserausbau investieren. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass private, renditeorientierte Unternehmen genau das eben nicht leisten können.

Anders als in Österreich und Deutschland, deren Telekommunikationsmarkt stärker von privatisierten Unternehmen dominiert wird, geht der Glasfaserausbau in der Schweiz nämlich zügig voran. Im Sinne des Service public und zum Wohle der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft nimmt die Swisscom diese Rolle als Grundversorgerin wahr. Sie tut das mit grossem Einsatz und mit den Einnahmen ihrer unternehmerischen Tätigkeiten. Sie investiert jedes Jahr fast 2 Milliarden in die Schweizer Infrastruktur. Dazu kommt, dass die Swisscom einer der Innovationstreiber im Schweizer Technologiemarkt ist und laufend neue Möglichkeiten für ihre Firmenkunden schafft.

Als stabiler Eigentümer garantiert der Bund aber auch gute Arbeitsbedingungen der rund 20'000 Angestellten des Konzerns. In unserer täglichen Gewerkschaftsarbeit sehen wir, dass sie Vorbildcharakter für weitere IT-, Tech- und Telekomunternehmen haben. Auch diese gut funktionierende Sozialpartnerschaft wäre gefährdet, würde die Bundesmehrheit aufgegeben. Swisscom setzt also die Standards für Telekom- und IT-Firmen in der ganzen Schweiz. Damit trägt sie auch wesentlich zur Wertschöpfung der Schweiz bei.

Das alles ist Service public vom Feinsten. Eine weitergehende Privatisierung der Swisscom mit dem Verlust der Bundes-Aktienmehrheit stellt dies alles in Frage.

Die Eigentumsverhältnisse sind übrigens auch aus Perspektive der nationalen Sicherheit und des Datenschutzes wichtig. Sowohl die Schweizer Armee als auch die Blaulicht-Organisationen beziehen von der Swisscom Telekomdienste im Wissen, dass grösstmögliche Sicherheit gewährleistet ist. Für Firmenkunden wie beispielsweise Banken bietet sie zudem Cloud-Dienste mit Serverstandort Schweiz. Ist die Swisscom in überwiegend privater Hand, wäre auch dies nicht mehr gewährleistet.

Damit sind wir beim zweiten Teil meines Referats, bei den kommenden politischen Prozessen.

Die neoliberale Idee der Privatisierung des Service public der 90er-Jahre wurde vom Volk durchwegs ablehnend beurteilt. So auch die bürgerlichen Bestrebungen, die Bundesmehrheit an der Swisscom aufzugeben: 67% der Stimmberechtigten lehnen aktuell eine solche Privatisierung ab! Wir sind erfreut, dass es in keinem politischen Lager eine Pro-Mehrheit gibt. Die Ablehnung ist auch in allen Sprachenregionen deutlich.

Mit der Rückendeckung der Stimmbevölkerung lehnt die Gewerkschaft syndicom alle politischen Bestrebungen ab, die Swisscom weiter zu privatisieren. Dies würde den Service public schwächen, es wäre schlecht für die digitale Infrastruktur, schlecht für die Einwohnerinnen und Einwohner sowie unsere KMU und gefährlich für die nationale Sicherheit. Mein Kollege Nationalrat David Roth wird gleich noch darauf eingehen, welche politischen Überlegungen gegen eine weitere Privatisierung sprechen. Wir sind im Gespräch mit Politikerinnen und Politikern aller Lager in dieser Frage.

Die Mitglieder der Gewerkschaft syndicom haben an ihrer Delegiertenversammlung eine Resolution verabschiedet, die es syndicom ermöglicht, bei weiteren Privatisierungsschritten das Referendum zu ergreifen. Einer allfälligen Abstimmung sehen wir gelassen entgegen, denn für die Privatisierung der Swisscom gibt es keine Mehrheit im Stimmvolk, wie die gfs.bern-Umfrage eindrücklich zeigt.

Wir fordern das zuständige Departement UVEK und das Parlament auf, die Pläne nicht weiterzuverfolgen.